

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 10

Charlottenburg, Freitag, den 5. März 1909

Jahrg. 36

Sperren

Wollsperrern in Deutschland: Ahlen und Gelsenkirchen-Neckendorf (Westdeutsche Stanz- und Emailierwerke, Ehrenberg & Co.) Colditz (Steingutfabrik A.-G.). Hamburg (Max Wetterhahn, Gimsbütteler Chaussee) für Schildermaler. Lauf. Mannheim. Stogheim.

Halbsperrern in Deutschland: Alexandrintal (Recknagel). Bonn (Mehlem). Cortendorf. Flörsheim a. M. Gräfenroda (Heene, Eckert & Menz). Königszelt. Langewiesen (Schlegelmilch). Neuhalbensleben (Hubbe). Oeslau. Passau. Reichenbach (Schwabe). Rudolfsstadt (Schäfer & Vater). Schaala. Scheibe. Schlierbach. Selb (L. Hutschenreuther inklusive Firma Jäger & Werner). Sörnewitz. Stanowitz. Tettau. Triptis.

Sperren in Oesterreich: Linz a. Donau. (Josef Engler Nachfl. und Robert Lenz Nachfl.). Merkersgrün.

Gewerkschaftsbeiträge und öffentliche Steuern.

Die fortgesetzte Beunruhigung der deutschen Arbeiterschaft durch die Erörterung neuer Steuern, welche in erster Linie die minder bemittelten Kreise der Bevölkerung, also die Arbeiterschaft, treffen würden, läßt es als notwendig erscheinen, noch einmal auf einen Teil der Debatten im Reichstag zurück zu kommen, welche im Dezember die Einbringung der Steuervorlage der Reichsregierung begleiteten.

Damals blieb es dem preussischen Finanzminister v. Rheinbaben vorbehalten, den großen Deutezug auf die Taschen des arbeitenden Volkes gegen die sozialdemokratische Kritik und Opposition mit dem Hinweis auf die Opfer, die die organisierten Arbeiter für die Gewerkschaften und für die Partei bringen, zu verteidigen. Diese Opfer werden von skrupellosen Feinden der Arbeiterbewegung zu allerlei lügnersischen Zwecken ausgespielt, so lange sie besteht. War doch früher der „mit den Arbeitergroßen gemästete Agitator“ geradezu eine stehende Figur im Kampfe der Gegner. Wenn es gerade paßte, wurde dann umgekehrt die Gewerkschaft wie die Partei beschuldigt, ihre Angeestellten schlecht zu bezahlen und auszubeuten. Rheinbaben sagte also:

„Der wirtschaftliche Aufschwung der Arbeiter wird durch die großen Ausgaben, die für die Gewerkschaften aufgebracht werden, unwiderleglich bewiesen. Die Einnahmen der freien Gewerkschaften für 1907 betragen 53 Millionen; sie sind seit 17 Jahren um das Fünffache gestiegen. Im übrigen sind die Gewerkschafts- und Parteibeiträge Zwangsbeiträge, während bei den indirekten Steuern jeder durch Verminderung des Konsums es in der Hand hat, seine Belastung zu vermindern. Hier ist also, wie Bismarck sagte, jeder sein eigener Steuerexekutor. Auch bleiben die indirekten Steuern nur teilweise auf dem Arbeiter haften, sie werden zum andern Teil in den Arbeitslöhnen auf den Arbeitgeber abgewälzt. Ich kann Ihnen dafür einen großen Heiligen der Sozialdemokratie anführen, Engels: „An den Steuern sind die Arbeiter nur sehr wenig interessiert. Das, was der Arbeiter an Steuern zahlt, geht in den Produktionskosten ein, muß also vom Unternehmer mit vergütet werden.“ Wenn Herr Südekum

von der sozialen Notwendigkeit des Bierkonsums sprach, so meine ich doch, daß es eine viel größere soziale, politische und moralische Notwendigkeit ist, daß die Arbeiter für die starken Bedürfnisse des Reiches auch ihrerseits einen Obolus entrichten.“

Herr v. Rheinbaben ist ein Rechenkünstler und wohl deshalb preussischer Finanzminister. Er konstatiert, daß seit 1890 die Einnahmen der Gewerkschaften um das Fünffache gestiegen seien, er verschweigt jedoch, daß in der gleichen Zeit die Mitgliederzahl um das Achtefache gestiegen ist, nämlich von 277 659 in 1891 auf 1 865 506 in 1907. Außerdem ist die ganze Rechnung Rheinbabens falsch und ein neuer Beweis für die Oberflächlichkeit und Unzuverlässigkeit, mit der die Arbeiterbewegung beobachtet und so dann auf Grund angeblicher „Tatsachen“ bekämpft wird. Die Einnahmen der Gewerkschaften haben sich von 1891 tatsächlich um das 46fache, nämlich von 1 116 588 auf 51 896 784 Mk. erhöht.

Dieser Einnahmesteigerung steht eine entsprechende Erhöhung der Leistungen der Gewerkschaften an ihre Mitglieder gegenüber. So stieg die Arbeitslosenunterstützung von 64 290 Mk. in 1891 auf 6 527 577 Mk. in 1907, die Krankenunterstützung von 144 838 Mk. auf 869 148 Mk., die Krankenunterstützung von 304 648 Mk. in 1893 auf 3 482 822 Mk., und in gleichem Maße erfuhren die Ausgaben für die übrigen Unterstützungszweige Erhöhung. Im ganzen erhöhten sie sich von 234 208 Mk. in 1891 auf 14 006 835 Mk. in 1907, also um das 60fache!

Die Ausgaben für die wirtschaftlichen Kämpfe schwanken sehr stark von Jahr zu Jahr in der 17jährigen Vergleichsperiode, aber sie sind von 1 037 789 Mk. in 1893 auf 13 196 363 Mk. in 1907, um das Zwölffache, gestiegen. Und die Streitausgaben verschulden ja fast ausschließlich die Unternehmer, indem sie durch ihre Prozigkeit, Gewalttätigkeit und Ausbeutungssucht die Arbeiter zum Streik treiben.

Mit den Lohnkämpfen und ihren Errungenschaften sowohl als auch mit den Unterstützungen ersparen die Gewerkschaften den Gemeinden und dem Staat unberechenbare Summen, die sie andernfalls zur Unterstützung und Versorgung der verletzten Massen aufwenden müßten. Auch im Lichte dieser Tatsachen erscheint die Wirksamkeit der Gewerkschaften als eine wahrhaft gemeinnützige, aber man kann von einem rückständigen preussischen Junker nicht verlangen, daß er diese Gemeinnützigkeit anerkennt.

Der Rechenkünstler Rheinbaben nimmt zu den ausnahmsweise richtig angenommenen 27 Mk. — mit den 53 Mill. Mark Gesamteinnahmen hat er zirka 2 Millionen zu viel „argumentiert“ — Jahresbeitrag eines Gewerkschaftlers noch 15 Mk. Parteibeitrag hinzu, ein Betrag, über dessen Naturgeschichte alle nähere Aufklärung fehlt, und er kommt damit auf 42 Mk., die ein sozialdemokratischer Arbeiter alljährlich zahlen müßte. Und nun stellt er nach dem Grundsatz: „Nur Geschwindigkeit und keine Heberei“ den 42 Mk. den Betrag von 6 Mk. gegenüber, der durch die neuen Steuern von den Arbeitern gefordert würde. Diese Gegenüberstellung ist ein ganz unzulässiges Manöver, denn der Gewerkschaftsbeitrag wird von einer erwachsenen und verdienenden Person bezahlt, die indirekte Steuer dagegen muß für jede Person bezahlt werden und ist daher eine Kopfsteuer. So hat dann der verheiratete Gewerkschaftler mit einer nur fünfköpfigen Familie eine Mehrbelastung an indirekter Steuer von 30 Mk. gegenüber 27 Mk. an Gewerkschaftsbeitrag zu tragen, also 3 Mk. nur an Mehrleistung mehr als an die Gewerkschaft. Nun kommt aber die Gesamtsumme an indirekten und direkten Steuern in Betracht, die allein in Vergleich mit dem Gewerkschaftsbeitrag gesetzt werden

kann. Diese betragen im Reich und den Einzelstaaten nach dem Budget von 1907 7,33 Milliarden Mark, wozu noch die Milliarden kommen, die die mehr als 76 000 deutschen Gemeinden an Einnahmen zu verzeichnen haben. Wir wissen nicht, wie hoch diese Einnahmen sind, nehmen wir sie nur mit 2,67 Milliarden an, um mit jener Summe auf rund 10 Milliarden zu kommen, so ergibt sich eine durchschnittliche Belastung pro Kopf der 60 Mill. Einwohner des deutschen Reiches von 166 Mk. oder 830 Mk. für eine fünfköpfige Familie. Und nun sollen dazu die neuen Steuern von 500 Mill. Mark kommen und die durchschnittliche Kopfbelastung weiter um 6 Mk. vermehren. Mit den so gewonnenen 172 Mk. beziehungsweise 860 Mk. müßte Herr v. Rheinbaben die 27 Mk. Gewerkschaftsbeitrag vergleichen.

Er müßte ferner in Vergleich setzen die Leistungen der Gewerkschaften an ihre Mitglieder mit denen des Staates und der Gemeinden an die Bevölkerung. Von den 2500 Millionen Mark Einnahmen des Reiches kommen den Arbeitern 51 Mill. Mark zugute im Beitrag an die Alters- und Invalidenversicherung. Was aber hat der Arbeiter vom preussischen Staat mit seinen 3,14 Milliarden Einnahmen, was von den übrigen deutschen Einzelstaaten, was von den Gemeinden? Der deutsche Arbeiter hat noch nicht einmal die Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts und der Schulbücher für seine Kinder, keine unentgeltliche Geburtshilfe, keine unentgeltliche Beerdigung, keine Arbeitslosen-, Witwen- und Waisenfürsorge, und die Kosten der Kranken- und Unfallversicherung muß er auch selber direkt und indirekt tragen. Der Staat trägt hierzu nichts bei. So fällt der Vergleich ganz unvergleichlich günstig für die Gewerkschaften aus.

Ganz im Stile des Agitationsjargons des Reichslügenverbandes ist die Redensart des Herrn v. Rheinbaben von den „Zwangsbeträgen“ an die Gewerkschaft und an die Partei, und auf dem gleichen Niveau steht die wider aufgewärmte Bismarcksche Weisheit, die durch ihre Wiederholung durch den kleinen Epigonen nicht beweiskräftiger wird.

Im Reichstag hat der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Südekum die verwegenen Theorien des Herrn v. Rheinbaben ins rechte Licht gerückt.

Herrn v. Rheinbaben hat übrigens im Reichsschatzsekretär Sydow einen ebenbürtigen Kollegen, der zur Verteidigung seines unglücklichen Steuerbuckets ebenfalls zu den verzweifeltsten Mitteln griff. So behauptete er, daß in Deutschland die indirekten Steuern verhältnismäßig viel niedriger seien als zum Beispiel in Frankreich; dort stünden sie im Verhältnis zu den direkten Steuern wie 1 : 1, hier aber wie 1 : 2. Herr Spahn wies demgegenüber aber nach, daß in Deutschland auf 1 Mk. direkte Steuer pro Kopf der Bevölkerung 3,24 Mk. indirekte Steuer kommen, das Verhältnis also von 1 : 3,2 sei.

Es gelten halt immer noch die Worte des seligen Ozenfarna: „Mein Sohn, du ahnst nicht, mit wie wenig Weisheit die Welt regiert wird.“

Hus Neuseeland.

Dann und wann bringt zu uns eine seltsame Mär, die wundervolle Kunde eines sozialen Paradieses, wo unsere gesellschaftlichen Rätsel schon längst gelöst worden sind. Zwar liegt es weit von hier, so weit wie auf Erden ein Land von uns entfernt liegen kann; es liegt uns gerade gegenüber an der anderen Seite der Welt: der Doppelinsel Neuseeland. Seiner Natur nach ist es ein irdisches Paradies; ein herrliches Klima, großartige Alpen mit üppigen Wäldern und vielen Naturschönheiten, fruchtbare Niederungen, die reiche Ernten geben. Dieses Land hat eine fast zwanzigjährige fortschrittliche Regierung der „liberalen“ Partei zu einem demokratischen Musterland gemacht, wo sich mehr praktischer Sozialismus verwirklicht findet — wie seine Lobredner es ausdrücken — als in irgend einem Lande der Welt. „Jede Erweiterung des Staatssozialismus erwies sich als wohltätig“, schrieb neulich ein Mitglied eines der Regierungskörper Neuseelands. „Wir haben den Sozialismus probiert und wir haben ihn gut befunden.“

In der Tat darf Neuseeland sich einer stattlichen Reihe sozialer Maßnahmen rühmen. Früher hatten einzelne Personen und Gesellschaften ausgedehnte Gebiete beschlagnahmt, die nutzlos dalagen. Die Regierung führte eine steigende Grundsteuer ein; und als die Herren über „Konfiskation“ schrien, wurde ihnen geantwortet: Das Volk braucht Land und keine Großgrundbesitzer. So wurden diese Gebiete zu dichtbevölkerten Provinzen, wo zahlreiche Bauern einen Lebensunterhalt fanden. Zur Abhilfe der Arbeitslosigkeit wurden Wege und Brücken gebaut, und Land urbar gemacht; dabei wurden die überflüssigen Unternehmer ausgeschaltet und direkt mit Arbeitergruppen Verträge abgeschlossen, die unter Leitung der Staatsingenieure die

Arbeiten ausführten. Nach Beendigung konnten sie sich als Kleinbauern, als Staatspächter, auf diesem neuen Boden ansiedeln. Der Staat betreibt Eisenbahnen, nicht um Gewinn zu machen, sondern im Interesse des Publikums, das immer maßgebend ist. Die landwirtschaftlichen Produkte werden billig und schnell zu Markt oder zum Hafen befördert; Kinder fahren umsonst zur Schule. Noch weiter geht die Sorge der Regierung für die Bauern: Sie sammelt ihre für den londoner Markt bestimmten Erzeugnisse in Kühlhäusern, sorgt für die gemeinsame Verschiffung und hat Agenten in London, die weiter dafür sorgen; der Staat handelt hier wie eine riesige Bauerngenossenschaft. Der Staat betreibt Kohlenbergwerke, er leitet eine Feuerversicherung, alles ohne sich von Gewinnrücksichten bewegen zu lassen.

Am meisten bekannt unter den Sozialreformen ist das Gesetz, das Arbeitskonflikte durch ein Schiedsgericht zu schlichten gebietet. Wiederholt haben Arbeiter dadurch ohne Streit eine Lohnerhöhung zuerkannt bekommen. Der Grundgedanke des Gesetzes war dieser, daß das „Publikum“ als dritte neutrale Partei, die unter dem Streit am meisten zu leiden hätte, ihn nicht duldet und ihn durch einen unparteiischen Schiedsspruch unnötig macht und Recht an die Stelle der Macht setzt.

Das klingt sehr schön, und neuseeländische Ideologen haben diese Methode deshalb auch andern Ländern empfohlen. Sie übersehen dabei, daß dort ein unparteiisches Publikum nicht besteht; das Publikum fühlt sich entweder als Unternehmer mit Unternehmern oder als Arbeiter mit Arbeitern solidarisch. Das Schiedsgerichtsgesetz und seine theoretische Begründung setzen einfache unentwickelte kleinbäuerliche Verhältnisse voraus, wo wirklich die Masse der Bevölkerung dem industriellen Streitfall völlig fremd und interesselos gegenüber steht.

Das gilt für den ganzen neuseeländischen Sozialismus. Er ist ein kleinbürgerlicher oder besser noch ein kleinbäuerlicher Sozialismus, der mit unserem Endziel kaum mehr als den Namen gemein hat. Den englischen Manchesterleuten und ihren spärlichen Nachkommen hier, die bei den Schlagwörtern der persönlichen Initiative und des freien Individuums schwören, kann er den Nutzen des gemeinsamen Wirkens zeigen. Aber auch die bayrischen Zentrumsbauern kennen schon die Vorteile dieses „Sozialismus“ und wenden ihn in der Gestalt von Genossenschaften an.

Ähnlich wie aller kleinbürgerlicher Sozialismus — wie der früheren Antisemiten hier, aber mit mehr Erfolg — führte auch der neuseeländische den Kampf gegen das wucherische Großkapital, das dort als Kolonialkapital auftrat. Das Land drohte eine Beute des europäischen Großkapitals zu werden, das sich des Bodens und der Naturschätze bemächtigte. Dieses räuberische Kapital, das sich als Kolonialkapital in unentwickelten Ländern einnistet, hemmt ihre eigene Entwicklung; es wirkt nicht fortschrittlich revolutionierend, sondern bloß ausfugend und verarmend. Dagegen haben sich die Neuseeländer aufgelehnt; sie haben sich nicht durch Phrasen des heiligen Eigentums und der Persönlichkeit blenden lassen, sondern die Monopolisten und Großgrundbesitzer abgeschüttelt. Damit kann Neuseeland sich jetzt von Anfang an, vom freien Kleinbürger und Kleinbürgertum an selbstständig entwickeln.

Neuseeland kann also in dem Sinne ein soziales Paradies heißen, als das Paradies am Anfang der Geschichte liegt. Es wird dieselbe Entwicklung durchmachen, wie andere Länder. Schon rumort unter dem Boden des Paradieses wie ein unterirdischer Vulkan der kommende Klassenkampf. In den Wahlprogrammen zu den letzten Wahlen klingt der Interessengegensatz von Arbeitern und Unternehmern deutlich empor. Die Arbeiter wünschen ein konsequentes Weitergehen auf dem Wege der Demokratie und des Sozialismus. Aber die liberale Partei zögert. Denn immer kräftiger erhebt sich die konservative „antisozialistische“ Opposition; sie fordert Förderung der privaten Unternehmungen, Widerstand gegen die Tendenz zum Sozialismus und zur Abhängigkeit vom Staate, die die Lebenskraft und den unabhängigen Charakter des Volkes schädigt.“ Wie bekannt klingen uns Worte und Text, zu denen wir sofort die Verfasser nennen können! Der Unternehmerverband Neuseelands sucht die liberale Mehrheit zu sprengen und deren gemäßigten Mitglieder mit den Konservativen unter der Losung zu vereinen: „daß der Sozialismus rasch zu einer Gefahr für das Gedeihen des Staates wird.“

Hier zeigt sich, wie neue Klassenschichtungen und neue Interessen entstanden sind. Ein eigener neuseeländischer Kapitalismus kommt empor. Bei den „liberalen“ Bauern, die Arbeiter gebrauchen, wächst der Aerger über deren Ansprüche. Die Schiedsgerichtsentscheidungen befriedigen die Arbeiter nicht; vereinzelte Streiks kommen vor, die jedoch an dem Mangel an Solidarität und

Klassenbewußtsein zusammen brechen. Die Gewerkschaften stehen dem Schiedsgerichtsgesetz immer skeptischer gegenüber; seine Voraussetzung eines unparteiischen Publikums geht immer mehr verloren und die Regierung ändert es allmählich zu einem Antistreitgesetz um. Je mehr sich die Arbeiterbewegung entwickelt, umso mehr wird dieses Produkt einer sozialen „Gerechtigkeit“ zu dem, was anderswo immer mehr eingeführt wird: ein gesetzliches Hemmnis des proletarischen Klassenkampfes.

Neuseeland ist uns also in sozialer Hinsicht nicht voraus: Es steht bei uns zurück. Es hat unsere sozialen Probleme nicht gelöst: Diese sind dort noch kaum gestellt. Sein Sozialismus hat dem Klassenkampf und dem Kapitalismus kein Ende bereitet, sondern bereitet sie erst vor. —

Verbands-Angelegenheiten

Entscheidungen der Beschwerdekommision.

Sitzung vom 20. Februar 1909.

Genosse Böhme fehlte entschuldigt. Ein Schreiben der Zahlstelle S. wird zur Kenntnis genommen und soll Aufklärung gegeben werden. — Mitglied 17 356 K. beschwert sich gegen den Vorstand wegen Verweigerung von Arbeitslosenunterstützung. Sachverhalt ist kurz folgender: Mitglied war in einem Betriebe, wo die Halbsperrung bestand, beschäftigt und wurde wegen Verbandszugehörigkeit sofort entlassen. Der Vorstand lehnte die Unterstützung ab mit der Begründung: Mitglieder, welche in einem Betriebe, wo Halbsperrung besteht, beschäftigt sind und wegen Verbandszugehörigkeit gekündigt werden, haben keinen Anspruch auf Unterstützung. Die Beschwerdekommision lehnte die Beschwerde aus denselben Gründen des Vorstandes ab. Aber auch abgesehen davon hätte das Mitglied keinen Anspruch auf Unterstützung, da es innerhalb eines Jahres schon bedeutend über die statutarische Dauer hinaus Unterstützung bezogen hat. — Ein weiteres Mitglied 4294 G. beschwert sich wegen Verweigerung von Maßregelungsunterstützung. Auch diese Beschwerde wurde abgelehnt, da Mitglied innerhalb eines Jahres bereits 21 Wochen Unterstützung bezogen hat. Eine Beschwerde des Mitgliedes 9750 G. ist erledigt, da der Vorstand die Unterstützung inzwischen angewiesen hat.

Conrad Hanna,
stellv. Vorsitzender.

Berthold Faulian,
Schriftführer.

Aus unserem Berufe

Köln. Unsere Kollegen werden sich der Differenzen entfassen, welche im vergangenen Jahr in der Steingutfabrik mit dem Direktor Zehe ausbrachen. Ueber die jetzigen Zustände in jenem Betriebe geht uns eine längere Schilderung zu, der wir folgendes entnehmen: Der ziemlich umfangreiche Drehereisalaal hat sich infolge der in den Fachzeitungen erschienenen Inserate der A.-G. so nach und nach mit den Leuten verschiedener Nationalität angefüllt, die vielfach vorher alles andere betrieben haben, nur nicht in einer Steingutfabrik als Dreher beschäftigt gewesen waren. Daß von solchen ungelerten Leuten unmöglich eine halbwegs brauchbare und zufriedenstellende Ware hergestellt werden kann, ist auch für Laien begreiflich. Es entsteht daher sehr viel Ausschußware, die wo anders entweder gar nicht vorkommen kann oder anderenfalls auf den Scherbenhaufen wandert. Weil aber diese Waren in der A.-G., infolge des untüchtigen Arbeiterpersonals in der Drehereiabteilung, sich gar zu sehr angehäuften hatten, und man doch nicht die ganze Ware den Weg alles Irdischen gehen lassen konnte, so hat man kürzlich mehrere Dornys dieser Ausschußartikel an irgend einen Bazar verkauft. Es ist dann kein Wunder, wenn die Warenhäuser gewisse Artikel oft noch billiger verkaufen als wie die Inhaber von Spezialgeschäften und zu einem geringeren Preis, als die Großhändler an die gleiche Fabrik bezahlen müssen, denn solche Ramschware wird gewöhnlich nur gegen Kaffe, aber zu erstaunlichen Spottpreisen verschleudert. Um nun für den entgangenen Gewinn einen Ersatz zu haben, hält sich die betreffende Firma anscheinend an ihren Arbeitern schadlos. Durch die vorjährigen Lohn-differenzen waren die Akkordsätze bei den Drehern der A.-G. seitens des Direktors Zehe schon so herab gedrückt worden, daß es verheirateten Leuten eben zur Unmöglichkeit wurde, auf die Dauer mit diesen „Verdiensten“ auszukommen. Die damaligen Verhandlungen verliefen bekanntlich vollständig ergebnislos, und nachdem eine größere Anzahl Unorganisierter aus allen Berufen als Dreher eingestellt worden waren, erfolgte die Aussperrung fast aller Verbandsmitglieder. Seit einigen Wochen hat man nun auch diese Unorganisierten genötigt, zu den neuen reduzierten Akkordlöhnen zu arbeiten. Diese Leute waren bisher ziemlich bescheiden und mit 15 Mk. zufrieden gewesen; sie hatten ja nicht notwendig gehabt, sich besonders anzustrengen. Wenn aber jetzt, am Lohnstage, der Verdienst nur 5—12 Mk. beträgt, dann fängt es auch bei diesen Leuten so langsam an zu dämmern. Es

kommen dann die Selbsterhaltungstrieb zum Ausdruck, zumal auch von den anscheinend leistungsfähigsten Arbeitern das Nötigste zum Leben bei sechstägiger angestrengtester Tätigkeit schwer verdient werden kann. Kürzlich fanden sich eine Anzahl polnischer Arbeiterinnen, angelockt durch Zeitungsinsertate, in welchen bis 15 Mk. Wochenverdienst zugesichert war, um bei der A.-G. in Arbeit zu treten. Als aber nach der ersten Woche diese sonst sehr bedürfnislosen Menschen nur mit 5 Mk. Lohn abgesperrt wurden, kehrten dieselben dieser Arbeitsstätte wieder den Rücken; wahrscheinlich hatten sie es in ihrer Heimat doch noch besser gehabt.

Leipzig. Ueber die Verhältnisse bei der Firma Graeg & Co., über die wir schon des öfteren berichten mußten, wird uns jetzt wieder mitgeteilt: „Im Großen und Ganzen herrscht hier Mangel an Arbeit, weshalb die Kollegen schon des öfteren einige Tage aussitzen mußten. Nichtsdestoweniger stellt die Firma bei jeder Gelegenheit neue Maler ein, wenn gleich diese schon in den nächsten Tagen ohne Beschäftigung sind. Dadurch wird die Lage der anderen Kollegen noch weiter verschlechtert. Vielfach fehlt es auch an Material zum Arbeiten, speziell an Glas. Oder die Maler müssen stundenlang warten, bevor Arbeit ausgeschrieben wird. Der größte Uebelstand herrscht aber in Geldangelegenheiten. Falls die Maler einmal ihren vollen Lohn ausbezahlt bekommen, was aber nur selten vorkommt, so werden schon am Tage vorher verschiedene Mängel an der Arbeit hervor gehoben, vielleicht nur, um die Auszahlung zu verzögern. Meistens werden die Kollegen mit 10 Mark abgefunden, mit dem Bemerkten, es wäre nicht mehr Geld vorhanden, der Rest würde Montag ausgezahlt. Den Rest des Lohnes erhalten die Kollegen aber erst im Laufe der Woche, Dienstags oder Mittwochs, nachdem sie energisch darauf gedrungen, eventuell auch die Arbeit eingestellt und mit dem Gewerbegericht gedroht haben. Indem wir vorstehende Tatsachen jedem Kollegen zur Beachtung empfehlen, machen wir allen Kollegen zur Pflicht, Arbeitsangebote an die Firma Graeg absolut zu unterlassen und eventuellen Falles sich stets vorher bei der Zahlstellenverwaltung zu erkundigen.“

Oesterreich. Ohrfeigen im Kampf gegen die Arbeiterorganisation sieht der Besitzer der Porzellanmalerei Spinnner in Schönfeld als wirksamstes Mittel an. Einem Berichte des österreichischen Bruderorgans entnehmen wir: Für 24 bis 28 Kronen Wochenverdienst müssen die dort beschäftigten Arbeiter nicht selten bis 8 ja bis 1/2 11 Uhr abends arbeiten. Und damit dem Herrn Sp. dabei die Organisation keine Schwierigkeiten machen kann, handelt er nach folgendem Rezept — das Herr Sp. einem anderen Arbeitgeber, der sich beklagte, daß ihn die Organisation zwang, den Akkord abzuschaffen und Wochenlöhne einzuführen — erklärte: „Das kann in meinem Betriebe nicht vorkommen. Wenn bei mir Arbeiter einer Organisation angehören, dann rufe ich mir den Betreffenden in die Kanzlei und dort haue ich ihm ein paar Ohrfeigen herunter, so daß ihm die Lust vergeht, einer sozialdemokratischen Organisation anzugehören.“ — Wir wünschen dem für Ohrfeigen begeisterten Herrn Sp. nur das Eine: Es möge ihn einmal der „Richtige“ dabei unter die Fingern bekommen. Und anstelle ein paar Ohrfeigen auszuteilen, würde Sp. möglicherweise ein paar hinter die Ohren erhalten. Vielleicht ist das das wirksamste Mittel, Sp. bessere Manieren gegen die Arbeiter beizubringen. Dann könnte sich Sp. noch in seinem eigenen Interesse für die erhaltenen Ohrfeigen bedanken.

Vermischtes

Köln. In der rheinischen Hauptstadt führen seit längerer Zeit die Ärzte mit den Krankenkassen und deren Mitgliedern einen Kampf, dessen Begleiterscheinungen einen unglaublichen Terrorismus der Ärzte und eine geradezu erschreckende Skrupellosigkeit in der Anwendung ihrer Kampfmittel aufwiesen. Selbst der preußische Minister des Inneren, Bethmann-Hollweg, fühlte sich gedrängt, im Parlament die kölnischen Ärzte ob ihres unsozialen Empfindens zu rüffeln. Jetzt wurde des Weiteren über den Ärztestreit geschrieben: Unter dem Drucke der öffentlichen Kennzeichnung der einseitigen Parteinahme der Zeitungen städtischer Spitäler in Köln haben die letzteren inzwischen eine Erklärung veröffentlicht, wonach sie vollständige Neutralität gegenüber den Differenzen zwischen Ärzten und Krankenkassenmitgliedern garantieren. Im übrigen wird in neuester Zeit durch leitende Geister der organisierten Ärzte unumwunden zugegeben, daß nicht die materielle Seite allein ausschlaggebend dafür sei, die freie Arztwahl zu erringen, sondern in der Haupt-

sache die Ueberzeugung, daß durch die freie Arztwahl die Aerzte gezwungen seien, einer Organisation anzugehören. Dieses Ziel wollen die Aerzte mit Anwendung aller Mittel erreichen und deshalb konfottieren sie Kranke und Sterbende. Ferner wird selbst aus den Reihen der Aerzte erklärt, daß an dem Kölner Konflikte weniger die dortigen Aerzte schuld sind, als die oberste Leitung des Aerztebundes in Leipzig, welche in geradezu fanatischer Weise die Aerzte ihrem Terrorismus unterworfen hält und jeden der nicht nach der Pfeife der Herren von der leipziger Oberleitung tanzt, moralisch und wirtschaftlich zu vernichten sucht. Diese Organisation hat es verstanden, sich ein einseitiges Vorrecht auf die ärztliche Praxis und Stellenvermittlung zu verschaffen. Die einzelnen Aerzte befinden sich in einem Abhängigkeitsverhältnis zu der Organisation, das für Männer, welche gebildet sein wollen, geradezu beschämend ist. Einen solchen Zustand würde sich kein organisierter Arbeiter auch nur einen einzigen Tag gefallen lassen. Aber diese jeder vernünftigen Moral direkt hohnsprechende Macht der Aerzteorganisation stützt sich auf die gesetzliche Verpflichtung der Krankenkassen, unter allen Umständen für ausreichende ärztliche Behandlung der Kassenmitglieder zu sorgen, während für die Aerzte eine gleiche Verpflichtung zur Hilfeleistung nicht besteht. Diese Zwangslage der Krankenkassen wird von der Aerzteorganisation in unverantwortlicher Weise mißbraucht. Aber der Krug geht bekanntlich nur so lange zum Brunnen, bis er bricht, und so werfen auch in dieser Frage die Folgen einer zu straffen Bogenspannung ihre Schatten voraus. Es fängt an zu gären in weiten Kreisen der organisierten Aerzte. Diese Gärung nähert sich immer mehr ihrem Ausbruch und dürfte jedenfalls der leipziger Bundesleitung sehr bitter aufstoßen. Vorläufig aber kennt der Hochmut dieser Leitung noch keine Grenzen. Als neueste Heldentat wurde von ihr ein offener Brief an den Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg gerichtet, weil er im Reichstage den Herren Aerzten den Vorwurf eines Mißbrauchs des Koalitionsrechts gemacht und die Möglichkeit, Kranke oder Sterbende im Stiche zu lassen, als einen Rückfall in unsoziale Zustände schlimmster Art bezeichnet habe. Sie legen im Hinblick auf den jetzt tobenden Streit zwischen Aerzten und Krankenkassen, namentlich in bezug auf die Kölner Verhältnisse, entschieden Verwahrung dagegen ein und machen dem Staatssekretär den Vorwurf, über die Angelegenheit nicht oder falsch unterrichtet zu sein. 24 000 deutsche Aerzte ständen hinter den Kölner Aerzten, aber alle würden es freudig begrüßen, wenn diese häßlichen Kämpfe ihr Ende finden würden. Eine solche Begriffsverwirrung über das, was Koalitionsrecht eigentlich bedeutet, ist uns noch niemals zur Kenntnis gekommen. Die Aerzte nehmen für sich in Anspruch, das Koalitionsrecht bis in den hintersten Winkel auszunützen, sobald aber jemand anders auch nur den schüchternen Versuch macht, ebenfalls das Recht der Koalition für sich in Anspruch zu nehmen, dann finden es die Herren Aerzte für nötig, die schärfsten Waffen dagegen in Anwendung zu bringen, zaudern sogar nicht um ihres terroristischen Prinzips willen, Kranke und Sterbende ihrem Schicksal zu überlassen. Eine solche Kampfesweise richtig zu kennzeichnen, dazu fehlen uns tatsächlich die Worte. Eine solche strupellose egoistische Verfechtung wirtschaftlicher Ziele ist ein bitterer Hohn auf die ganze sozialpolitische Entwicklungsstufe unserer Zeit, um so verwerflicher, als deren Urheber auf einer Bildungsstufe stehen wollen, die sie befähigen würde, Bannerträger der höchsten Menschheitsideale zu sein.

Wie viele Menschen sprechen deutsch? Die Mitteilungen des Deutschen Sprachvereins geben folgende Auskunft über diese Frage: Während die früher so mächtige französische Sprache die Muttersprache von höchstens 48 Millionen ist, reden über 87 Millionen deutsch. Die Hauptmasse der Deutschredenden wohnt in Mitteleuropa; in Deutschland nicht ganz 59 Millionen, in Oesterreich-Ungarn über 11½ Millionen, in der Schweiz 2½ Millionen. Los gesprengt von dieser im großen und ganzen zusammenhängenden Masse wohnen nahezu zwei Millionen Deutschredende in Rußland, 400 000 in Brasilien, 225 000 in Luxemburg, 110 000 in Australien, 100 000 in Großbritannien. In jedem der Kultur nur irgendwie erschlossenen Lande erklingt unsere Sprache. So ist in Japan Deutsch die Muttersprache von 968, in Peru von rund 2000, in Siam von 153 Personen. Die Zahl der deutschsprechenden Nordamerikaner schätzt Rudolf Cronau, der bekannte deutschamerikanische Maler, auf 14 Millionen. Doch ist diese Zahl zu hoch; nach wissenschaftlichen Berechnungen reden nur etwa 11 Millionen Nordamerikaner deutsch.

Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden. Die vom „Reichs“ arbeitsblatt“ veröffentlichten Nachweisungen über die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden für das vierte Quartal ergeben wiederum eine sehr große Steigerung der Arbeitslosigkeit.

Bei 47 berichtenden Verbänden mit 1 261 715 Mitgliedern waren am Schlusse des Jahres 4,4 pCt. als arbeitslos gemeldet, gegen 2,7 pCt. zu Beginn des Quartals. Die Arbeitslosigkeit hat damit eine erschreckende Höhe erreicht, die umso mehr ins Gewicht fällt, da sich neben der Zahl der Fälle die Dauer der Arbeitslosigkeit vermehrt hat. Die Prozentziffer der Fälle von Arbeitslosigkeit betrug 11,2 gegen 9,6 im Quartal zuvor. Am höchsten ist diese Ziffer bei den Bildhauern, die 66 pCt. Arbeitslose hatten, und bei den Friseurern mit 53,4 pCt. Arbeitslosen. Sehr hohe Arbeitslosenziffern weisen auch auf die Tapezierer (41,3 pCt.), Glaser (28 pCt.), Holzarbeiter (22,3 pCt.), Gärtner (22,2 pCt.), Bäcker (21,1 pCt.), Buchbinder (15,6 pCt.). Unser Verband wies 7,8 pCt. Arbeitslose auf. Die Gesamtzahl der Arbeitslosentage betrug im 4. Quartal 1908 bei allen Verbänden zusammen 2 280 547. Die durchschnittliche Dauer des einzelnen Falles von Arbeitslosigkeit betrug 17,6 Tage gegen 14,7 Tage im 4. Quartal 1907. Die gesamte Unterstützungsleistung der Verbände bezifferte sich auf 2 189 588 Mk. Die Ermittlungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes zeigen stets aufs neue, was Arbeitersolidarität zu leisten vermag; ferner aber auch, wie notwendig eine öffentliche Regelung der Arbeitslosenunterstützung ist.

Gegen die neue Tabaksteuer wendete sich ein besonders zu diesem Zweck einberufener Kongreß der Tabakarbeiter. Es waren 345 Delegierte erschienen, die einstimmig erklärten, daß die Neubessteuerung des Tabaks in jeder Form unsägliches Elend über die Arbeiterschaft dieser Branche bringen werde. Die furchtbaren Erfahrungen, welche die Tabakarbeiter infolge der Besteuerung des Tabaks im Jahre 1879 gemacht haben, dienten als Unterlagen ihrer Zukunftsbilderungen. Damals wurde die Zigarrenindustrie infolge der Steuer vom Norden nach dem Süden gedrängt, wo billige, willige und anspruchlose Arbeitskräfte vorhanden waren. Diese Verschiebung bewirkte, daß die Löhne in der Tabakindustrie immer erbärmlicher geworden sind. Im Jahre 1900 betrug der Durchschnittsverdienst der Tabakarbeiter 541,08 Mark. — Welch blutiger Hohn liegt in diesen Ziffern, wenn man der hohen Lebensmittelpreise gedenkt. Was soll die Hausfrau und Mutter beginnen, um mit einer so geringfügigen Summe die notwendigsten Bedürfnisse ihrer Familie nur einigermaßen zu befriedigen? Wenn die Mutter den Hunger von ihren Lieben fern halten will, so ist sie gezwungen, von früh bis spät als Wickelmacherin, Kollerin, Zigarettenarbeiterin, Packerin, SortiererIn oder Abstrupperin, tätig zu sein. Und nicht die Mutter allein, sondern auch ihre Kinder müssen vom jüngsten Alter an mit im Tabak helfen. Erleichtert wird diese Mitarbeit durch die Hausindustrie, in der alle Kräfte bis spät in die Nacht angestrengteste Verwendung finden. Für die Arbeiterinnen zeigen sich die Folgen der langen Arbeitszeit in den dunstgeschwängerten Räumen in Unterleibs-erkrankungen, in Nervosität, sowie in rheumatischen Erkrankungen aller Art. Der Hauptwürger der Tabakarbeiter aber ist die Tuberkulose, deren Nährboden ja die Armut ist, die sich unzählige Opfer aus den Reihen dieser Proleten holt. Wird nun dem Plane der Regierung gemäß, der Tabak aufs neue besteuert, so werden die Folgen für die Tabakarbeiter graufige sein. Das Arbeitgebertum wird die erhöhte Belastung durch noch billigere Arbeitskräfte wett zu machen suchen und die Tabakindustriellen werden sich diesmal nach dem Osten des Reiches wenden, um dort die zurückgebliebenen Arbeiterinnen gegen Hungerlöhne zu beschäftigen. 50 000 bis 60 000 eingearbeitete Tabakarbeiter und Arbeiterinnen aber werden existenzlos gemacht, darunter viele Witwen und Krüppel. — Darum ist zu erwarten, daß die gesamte deutsche Arbeiterschaft aufs energischste den Protest der Bergarbeiter gegen jede Verschärfung der Tabaksteuer unterstützt.

Erwerbstätige Frauen. Die Berufszählung vom 12. Juni 1907, hat als eines der wichtigsten Ergebnisse eine gewaltige Zunahme der Erwerbstätigkeit der Frauen aufgewiesen. Bei einer Vermehrung der weiblichen Gesamtbevölkerung von 1895 bis 1907 um nur 18,58 pCt. hat die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen im Hauptberuf um 56,59 pCt., einschließlich der häuslichen Diensthöten (deren Zahl etwas zurück gegangen ist) um 44,21 pCt. zugenommen, während die männlichen Erwerbstätigen nur eine Zunahme von 19,85, einschließlich der Dienenden von 19,75 pCt. erfahren haben. Standen 1895 noch 5 264 393 weiblichen Erwerbstätigen 15 506 482, also fast dreimal so viel männliche gegenüber, so war im Jahre 1907 die Zahl der männlichen Erwerbstätigen mit 18 583 864 nicht viel mehr als doppelt so groß wie die weiblichen mit 8 243 498. Fast 10 Millionen erwerbstätiger Frauen, einschließlich der Dienenden, das ist also das Resultat der wirtschaftlichen Entwicklung, die damit allerdings in gründlicher Weise mit dem alten Ideal der „ins Haus gehörenden Frauen“ aufgeräumt hat. Wie will

man angesichts der nackten Tatsache, daß heute bereits fast ein Drittel der weiblichen Gesamtbevölkerung, d. h. die Hälfte der weiblichen erwachsenen, über 15 Jahre alten Bevölkerung beruflich tätig ist, noch all die veralteten^{ten} Schlussfolgerungen aufrecht erhalten, die sich aus dem einstigen Hausfrauenideal ergaben: die Zurücksetzung und Bevormundung der Frau in wirtschaftlicher, in familienrechtlicher, in politischer Beziehung, in Hinsicht auf die Zulassung zum höheren Studium, zu höheren Beamtenstellungen usw.?

Zur Unterhaltung

Sonntagsarbeit.

Eine Erzählung aus dem Spanischen.

An einem Montag zog Don Candido in die Pfarrei von Santa Cruz de Lugarejo ein und machte sich sofort daran, das Haus mit den armseligen Möbeln einzurichten, die er auf einem Karren aus dem Dörfchen mitbrachte, wo er bis zu jenem Tage als Schutz der Bedrängten und Vorbild der Tugendhaften gelebt hatte. Ueber 48 Stunden lang wußte niemand, daß dort ein neuer Pfarrer eingezogen sei.

Einige Tage später erzählten die wenigen Leute, die ihn sahen und sprachen, er scheine ein guter Mann zu sein. Und die Personen, die so schnell ein günstiges Urteil über ihn fällten, irrten sich nicht, denn Don Candido war ein Heiliger. In Gestalt, Gesicht und Haltung erinnerte er an das Bild, das Cervantes von seinem unsterblichen Junker entworfen hat. Auch Don Candido war an die fünfzig Jahre; er war von kräftiger Körperbeschaffenheit, hager am Leibe dürr im Gesicht, ein eifriger Frühaufsteher, und wenn er auch kein Freund der Jagd, wie Don Quijote war, so war er doch unablässig bemüht, das Glendaufzusuchen, um es zu lindern.

Seine moralischen Qualitäten waren alle gut, seine Frömmigkeit war aufrichtig, seine Umgangsweise freundlich, seine Sprache bescheiden, im Almosengeben war er zartfühlend und in allen Dingen so mitleidsvoll und nachsichtig, daß er allen die größte Achtung und liebevolles Vertrauen einflößte. Seine Bildung war nicht gerade außergewöhnlich. In einer sehr kleinen Kiste hatten seine sämtlichen Bücher Raum, und das Buch, dessen Einband durch fortwährenden Gebrauch am meisten abgegriffen, dessen Blätter am meisten zerknittert waren, das waren die heiligen Evangelien. Weder die Kirchenväter noch die erhabenen Mystiker bereiteten ihm so viel Freude wie jene einfachen Bibelverse, die dem, der sie zu lesen versteht, in einfachen Sätzen Welten von Gedanken offenbaren.

Alle Tage, gleich nach dem Essen, überlas und durchdachte Don Candido, an den Fensterrahmen in seinem Zimmer gelehnt, ein paar Kapitel aus St. Markus oder St. Matthäus. Dann legte er das Buch hin, ließ sich von der Sonne beschneiden, rauchte eine Zigarette und sah der Arbeit einiger Steinmeger zu, die auf einem benachbarten umfriedigten Bauplatz ihre Werkstatt im Freien eingerichtet hatten.

Vor Monaten war nämlich ein Bogen der Kirchenkapelle eingestürzt. Eine fromme Dame hatte die Mittel zu seiner Wiederherstellung gespendet, und ein Baumeister aus der benachbarten Stadt kam von Zeit zu Zeit und sah sich den Fortgang der Arbeit an. Auf dem Platze dicht neben der Behausung Don Candidos lagen Kalksteinblöcke, die sich allmählich in Schluffsteine, Stützen und Bogenstücke verwandelten und durch ihre weiße Farbe von dem grünen und weichen Grase abstachen.

Dort hörte man nun von früh bis spät, eine Mittagsstunde ausgenommen, unablässig das vielstimmige, aber eintönige Geräusch, das die Klöppel und Meißel beim Aufschlagen auf die Mauersteine hervor bringen. Und darüber leuchtete die Sonne und warf hierhin und dorthin die rechteckigen, kräftigen Schatten der Strohschuppen, unter deren Schutz die Maurer arbeiteten, und in das schwerfällige Konzert des klopfenden Eisens, des abbröckelnden Steines und des schallenden Echo mischte sich zuweilen der plumpe und traurige Gesang eines von dem Summen der Arbeit halb ersticken Liebchens wie ein Seufzer, der aus des Lebens Mühsal emporsteigt.

Während der letzten vier Tage der Woche, die Don Candido in Santa Cruz de Lugarejo verbrachte, zeigte er sich fortwährend am Fenster, um den Steinmeger zuzusehen, und hätte ihn jemand aus der Nähe beobachtet, so hätte er vielleicht aus der inneren Bewegung, die sich in seinem Antlitz widerspiegelte, schließen können, daß diese harte, mühsame Arbeit in der Seele des Pfarrers eine sanfte und mitleidige Stimmung auslöste.

Am Sonntag, den ersten, den der Pfarrer dort verlebte, ging er sehr früh aus dem Hause, las die Messe, machte einen langen Spaziergang und aß später als gewöhnlich zu Mittag. Da hörte er, kurz bevor er fertig war, als ihm beim Abdecken des Tisches die Haushälterin die Strohblätter und den Tabaksbeutel brachte, erst vereinzelt und schwach, dann häufiger und kräftig, das Geräusch, das die Steinmeger beim Behauen der Steine auf dem benachbarten Grundstück verursachten.

„Sogar am Sonntag!“ murmelte Don Candido ebenso traurig wie überrascht; und indem er zum Fenster hinaus sah, rief er dem nächststehenden Arbeiter zu:

„Geda, guter Freund! Sagen Sie dem Meister, Aufseher oder sonst wem, er möchte so freundlich sein, und auf einen Sprung herauf kommen!“

Wenige Augenblicke später stand der Meister Steinmez im Wohnzimmer des Pfarrers. Dieser reichte ihm frischen Käse und alten Wein und gab ihm eine Zigarette von der Dicke eines Fingers; dann raffte er sich zusammen, bezwang sein eigenes Naturell und tadelte ihn mit dem geringen Maß von Strenge, das seine Schüchternheit und Gutmütigkeit zuließen, folgendermaßen:

„Was für ein Mangel an Frömmigkeit . . . und welche Schand! Am Sonntag zu arbeiten!“

Ärgerlich über den Tadel, aber durch die dargebotene Erfrischung zur Mäßigung angehalten, antwortete der Arbeiter gelassen:

„Was tun wir denn, Herr Pfarrer? Wir bekommen das Geld für unsere Arbeit, wenn wir die fertigen Stücke abliefern; deshalb nutzen wir die Zeit aus . . . der Tagelohn ist gering, das Brot teuer . . . und wenn man am wenigsten daran denkt, wird einem ein Kind geboren. Der blonde, lange Kerl dort,“ fügte er hinzu, indem er ans Fenster trat und die Hand ausstreckte, „hat fünf; der daneben drei; der Lahme gegenüber unterhält seine Eltern . . . und so alle. Glauben Sie mir nur Herr Pfarrer, wenn der Magen leer und die Stube kalt ist, kann man die Fiertage nicht halten.“

Don Candido geriet in Verlegenheit, um aber den Eindruck zu erwecken, als sei er ärgerlich, tat er sich Gewalt an und antwortete:

„Trotz alledem, am Sonntag arbeitet man nicht! Wieviel seid Ihr?“

„Zwölf.“

„Wieviel verdient jeder. Wie hoch ist der heutige Tagelohn für Euch alle zusammen?“

Der Steinmez rechnete an den Fingern herum und erwiderte dann:

„Einhundertundfünfzehn Realen.“

Don Candido ging in sein Schlafzimmer, öffnete seinen Schrank, holte aus einer Schublade eine grüne Börse mit Stahlringen hervor, nahm die genannte Summe heraus und handigte sie dem Meister mit diesen Worten ein:

„Da, jeder soll ein Vaterunser beten, und dann geht nach Hause und ruht Euch aus. Entwehlt den Tag des Herrn nicht.“ In fünf Minuten war die Werkstatt leer.

Als Don Candido am nächsten Sonntag, gleich nachdem er die Messe gelesen hatte, zum Frühstück hinauf ging, hörte er erstaunt das Geräusch, das die Steinmeger bei der Arbeit machten; er runzelte die Stirn und murmelte:

„Heute auch?“

Die nun folgende Szene glich der, die sich acht Tage vorher abgespielt hatte. Er ließ den Meister kommen, machte ihm heftigere Vorwürfe, ging aber schließlich ins Schlafzimmer und gab das Geld hin, damit der Arbeitsplatz gesäubert würde. Die Maurer zogen vergnügt ab, die einen gingen nach Hause, die andern in die Schenke. Die grüne Börse wurde nun leer, und der Pfarrer stellte sich eine Zeitlang ans Fenster und betrachtete die Steine da unten. Nach der Art, wie er sie anblickte, zu urteilen, mußten sie für ihn einen verborgenen und geheimnisvollen Zauber umschließen.

Während der folgenden Woche gedieh die Arbeit so weit, daß die Werkstatt fast leer wurde. Der neue Bogen an der Kirche war seiner Vollendung nahe.

Nichtsdestoweniger begann auch am dritten Sonntag das trockene und metallische Gehämmer des Werkzeugs an den Steinen, und zwar noch früher, aber das Geräusch war viel schwächer; ohne Zweifel arbeiteten nur wenige Leute. Don Candido ließ ans Fenster und sah, daß nur ein einziger Mann da war, der einen Schluffstein so schnell und so eifrig bearbeitete und glättete, daß er sich keinen einzigen Augenblick Ruhe gönnte und nicht einmal den Kopf in die Höhe hob.

Da ging er hinunter, trat vor den Arbeiter und fragte ihn ärgerlich:

„Bist Du allein als Judas zurück geblieben? Warum arbeitest Du?“

„Herr Pfarrer“, antwortete der Maurer, „gestern ist alles fertig geworden; morgen, Montag, in der Frühe, findet die Ablieferung statt; nur dieser Schlussstein fehlt durch meine Schuld, weil . . . ich im Laufe der Woche zwei Tage krank gewesen bin. Und heute muß ich ihn vor Sonnenuntergang fertig stellen . . . um das Geld zu bekommen, denn gestern haben sie mich nicht bezahlen wollen . . . und sie bezahlen auch nicht eher bis ich fertig bin.“

Nach diesen Worten ließ er den Kopf sinken, beugte den Oberkörper vornüber und arbeitete weiter.

„Und wenn Du heute nicht fertig wirst?“

„Die Unpünktlichkeit ist das wenigste; das Schlimme ist, das ich kein Geld bekomme und zu Hause fehlt's.“

Don Candido wurde nachdenklich. Was er dann im Geiste überlegte und berechnete, kann wohl nur er selbst sagen. Wahrscheinlich dachte er daran, daß die grüne Börse leer sei; vielleicht sagte er sich auch, daß wahres Almosengeben nicht im Geldspenden, sondern im Einsetzen der eigenen Kraft besteht Möglicherweise kamen ihm auch Erinnerungen in den Sinn, die nur ihm bekannt sein mochten. Tatsache ist, daß er den Steinmeger voll Mitleid ansah und dann leise, als wollte er ihm ein Geheimnis anvertrauen, zu ihm sagte:

„Mein Vater und meine Brüder sind Steinhauer gewesen . . . Als ich noch jung war, habe ich das Handwerk auch gelernt. Ich werde Dir helfen!“

Und damit schlug er die Aermel in die Höhe, ergriff einen Meißel, nahm einen Klöppel in die Hand und fing an, den Stein zu behauen . . .

■ ■ ■ ■ ■ Versammlungs-Berichte etc. ■ ■ ■ ■ ■

o. Burgau. Die Zahlstellenversammlung vom 25. Januar ehrte das Andenken des verstorbenen Kollegen Oskar Letz durch Erheben von den Plätzen. Kollege Defer gab die Kartellberichte. Als Revisor wurde Kollege Schuler vorgeschlagen und gewählt, da Kollege Roscher sein Amt nieder legte. Die Versammlung protestierte dagegen, daß Kranken Mitgliedern die Beiträge abgezogen werden sollen.

sch. Eisenberg. In unserer, am 18. Februar, stattgefundenen Zahlstellenversammlung, ging ein interessanter Meinungsaustausch über syndikalistische oder zentralistische Gewerkschaften vor sich. Auf der Seite der Syndikalisten stand als Referent Lange-Berlin und auf der Seite der Zentralorganisierten Genosse Zietsch. Beide Redner entledigten sich ihrer Aufgabe in anerkannter sachlicher Weise, was in Anbetracht der sonst mit Syndikalisten gemachten trüben Erfahrungen immerhin hervorgehoben zu werden verdient. Trogtallem hat unseres Erachtens die Sache der Syndikalisten hier in Eisenberg durch genannte Versammlung nicht an Boden gewonnen. Machten sich schon im Referat des Syndikalisten verschiedene Unsicherheiten bemerkbar, so sorgte dann noch der Genosse Zietsch dafür, daß dem syndikalistischen Prinzip gerade kein Triumph bereitet wurde. Es ist nur zu wünschen, daß die Versammlungen stets so gut besucht sind wie diesmal.

s. Friedrichshagen. Am 6. Februar fand unsere Mitgliederversammlung statt. Besucht war sie, wie gewöhnlich, von ein und denselben Kollegen. Es scheint so, als betrachten die immer Fehlenden unseren Verband als Unterstützungsverein und nicht, wie es sich gehört, als Kampforganisation. Von einem Kollegen wurde der Antrag gestellt, daß Kollegen, die ohne Entschuldigung der Versammlung fern bleiben, verpflichtet sind, 2 Streikmarken zu kleben; was einstimmig angenommen wurde.

Großbreitenbach. Die am 9. Februar stattgehabte Vorstandssitzung beschäftigte sich mit der zugezogenen Kommission eingehend mit der Heimarbeiterunterstützungsfrage. Es entspann sich eine lebhaft diskussion. Die anwesenden Kollegen sprachen sich dahin aus, daß es schwer schädigend auf eine Zahlstelle, wo Heimarbeiter wohnen, wirken wird, wenn nicht der Hauptvorstand sein Wort baldigt einlöst. — Nach einer genügenden Aussprache wurde ein genügend unterstützter Antrag angenommen, welcher die Heimarbeiter im Falle der Arbeitslosigkeit eine geringfügige Unterstützung zuerkennen würde.

sch. Kronach. Der Abzug der laufenden Krankenkassenbeiträge im Falle der Arbeitsunfähigkeit hat auch hier in der Zahlstelle Kronach Veranlassung zu einer eingehenden Debatte in der Versammlung vom 18. Februar gegeben. Die hiesigen Kollegen sind der Auffassung, daß nach dem Wortlaut des Paragraphen 6 des Statuts der Hauptvorstand wohl berechtigt ist, den Zahlstellenkassierern aufzugeben, die Beiträge im Erkrankungsfalle in Abzug zu bringen, befremdend wirkt es aber, daß der Paragraph 6 des Statuts seit 1905 besteht und der Hauptvorstand von 1905 bis 1908 ohne Erinnerung hinnahm, daß den Mitgliedern im Erkrankungsfalle überhaupt Beiträge nicht in Abzug gebracht worden sind. Die Zahlstelle Kronach ist auch der Auffassung, daß die Delegierten auf der Generalversammlung von 1908 der Meinung waren, daß der in Frage kommende Paragraph 6 doch schon seit 1905 besteht und eine andere Auslegung von seiten des Hauptvorstandes als wie die von 1905 bis 1908 nicht erfahren würde. Nachdem aber der Hauptvorstand seine Meinung in dieser Hinsicht zum Schaden der erkrankten Mitglieder änderte, stellt die Zahlstelle Kronach den Antrag, eine Mitgliederabstimmung durchzuführen, daß den erkrankten arbeitsunfähigen und unterstützungsberechtigten Mitgliedern außer den rückständigen Beiträgen, keine weiteren Beiträge in Abzug gebracht werden dürfen. Wir ersuchen die Zahlstellen, dahin Stellung zu nehmen, daß eine Mitgliederabstimmung durchgeführt werden kann.

f. Langewiesen. Die am 7. Februar stattgehabte Zahlstellenversammlung war von 25 Mitgliedern besucht. Der Vorsitzende ermahnte die Mitglieder, die Versammlung reger und besser zu besuchen. Er forderte sie auf, regen Anteil an den Arbeiten für den Verband zu nehmen. Dem kranken und ausgereizten Mitgliede Sempel-Meißel wurden 5 Mk. bewilligt. Eine Zuschrift des Gauleiters fand ihre Erledigung. Der Vorsitzende brachte den Kartellabschluß zur Sprache, wonach entlehene Bücher sobald wie möglich zum Umtausch zu bringen sind. Ferner erinnerte der Kassierer an den Generalversammlungsbeschluß, daß jedes Mitglied in jedem Quartal mindestens zwei Streikmarken zu entnehmen habe. Krankenunterstützung gelangt nur am Sonnabend von 7—8 Uhr abends zur Auszahlung. Unter Punkt Verschiedenes wurde folgender Antrag angenommen: „Die Zahlstelle Langewiesen erhebt gegen den Paragraphen 6 energischen Protest, daß kranken Mitgliedern, welche Unterstützung beziehen, Beiträge abgezogen werden. Sie schließt sich in diesem Sinne der Zahlstelle Fretzenorla an.“ Da in den letzten Versammlungen verschiedene Genossen schwänzten, wurde der Antrag gestellt, in Zukunft die Mitgliederliste zu verlesen.

r. Leipzig. Am 11. Februar tagte im Volkshaus zu Leipzig eine gut besuchte kombinierte Versammlung der Glas- und Porzellanarbeiter. Die eingeladenen Töpfer hatten es vorgezogen, nicht zu erscheinen. Genosse Zietsch-Berlin hatte das Referat übernommen, das die Verschmelzungsfrage behandelte. Die Anregung zu der Verschmelzung datierte schon — so führte der Redner ungefähr aus — einige Jahre zurück. Bereits vor 1905 seien Stimmen laut geworden, die die Verschmelzung befürworteten. Zur Generalversammlung 1908 wurde der Vorstand beauftragt, Schritte zu unternehmen, die einer Verschmelzung die Wege ebneten. Dies ist auch später geschehen. Die Vorstände des Töpfer- und Porzellanarbeiter-Verbandes kamen 1907 zu einer Konferenz zusammen, und das Resultat war, daß sie sich im Prinzip für die Verschmelzung erklärten. Der Vorstand des Glasarbeiter-Verbandes, der verhindert war, an der Sitzung teil zu nehmen, erklärte sich nachträglich mit den gefaßten Beschlüssen einverstanden. Unser Verband ist ein klassisches Beispiel für die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung. Die Anfänge der Organisation unserer Berufskollegen reichen zurück bis in die sechziger Jahre. Damals wurden einzelne Lokalverbände gegründet, die sich dann zu ganzen Bezirksverbänden erweiterten. 1891 kam die Verschmelzung der einzelnen Organisationen zu unserem heutigen Verband. Andere Verbände haben eine schnellere Entwicklung durchgemacht. Zum Beispiel die Holzarbeiter, die durch eine örtliche Differenz mit den Unternehmern in Stuttgart zur Gründung eines Lokalverbandes kamen und später zu der Erkenntnis der Vorzüge einer Zentralorganisation gelangten, die dann auch bald gegründet wurde. Die Unternehmer haben von den Arbeitern gelernt, sich zu organisieren. Aber gegenwärtig haben sie uns den Rang abgelaufen. Sie haben sich in richtiger Erkenntnis der Sachlage zu Industrieverbänden zusammen geschlossen, was wir jetzt erst nachholen müssen. Für die keramischen Berufe liegen die Verhältnisse allerdings etwas anders wie bei anderen Industrien. Wenn zum Beispiel bei den Metallarbeitern durch die großen Werke es leichter möglich ist, von einem Beruf in den anderen überzutreten und durch das Zusammenarbeiten in einem Betriebe es schon bedingt wird, sich zu einem Industrieverband zusammen zu schließen, so dürfte bei uns dieses kaum der Fall sein. Bei uns können die betriebstechnischen und beruflichen Berührungspunkte mit den Glasarbeitern höchstens durch die Maler hergestellt werden. Und mit den Töpfern durch die Scheibentöpfer. Es wird wohl nie vorkommen, daß Porzellanarbeiter, Glasbläser usw. ersetzen können. Oder umgekehrt. Aber dieses spricht gerade für die Verschmelzung. Da zum Beispiel die Glasfabrikanten oder die Töpfermeister eine ganz andere Geschäftsaison haben wie die Porzellanfabriken, so werden wir nie oder selten in die Lage kommen, auf der ganzen Linie angegriffen zu werden, wie es jetzt leicht vorkommen kann. Ganz abgesehen davon, daß wir dann über bedeutend größere finanzielle Mittel verfügen. Auch haben wir in der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung als Organisation von 40 000 Mitgliedern ein ganz anderes Wort mitzureden wie bisher. Ebenso können wir für die Agitation mehr leisten, da die Kräfte nicht mehr zersplittert werden. Anstellung von gemeinsamen Gauleitern usw. Die Hauptschwierigkeit, die zu überwinden ist, liegt bei den Mitgliedern. Diese wollen nichts von ihren alten Rechten aufgeben. Vor der Generalversammlung 1908 war die Majorität der Mitglieder für die Verschmelzung. Dieses hat sich aber bedeutend geändert. Der Antrag des Vorstandes zur Generalversammlung, der die Erwerbslosenunterstützung einführen wollte, an Stelle der jetzt bestehenden Unterstützungszeile, war ein Weg der zur Verschmelzung führen konnte. Leider ist er abgelehnt worden. Unsere Mitglieder müssen erst zu der Erkenntnis kommen, daß es ohne Opfer nicht abgeht. Es gibt keinen Verband, der solche hohen Unterstützungsätze hat, wie der Porzellanarbeiter-Verband. Nicht einmal die Buchdrucker, trotz der hohen Beiträge. Es ist der Fehler gemacht worden, daß bei Gründung des Zentralverbandes von einigen maßgebenden Personen, die zum Teil noch mit den Stroh-Dücker'schen Ansichten behaftet waren, recht viel Mitglieder gewonnen werden sollten, indem man ihnen hohe Unterstützung versprach. Dieses ist aber auf die Dauer nicht durchführbar und lähmt unsere Latkraft. Die Mitglieder wollen aber von ihren alten Traditionen nicht lassen. Genosse Zietsch betonte: Ich persönlich bin für die Verschmelzung unter Wahrung möglicher Selbstständigkeit der einzelnen Berufe. Auch kam ich dieses, wenigstens was unseren Verband anbelangt, von den anderen Beamten behaupten. In neuerer Zeit haben sich Betriebsvereinigungen gegründet, so daß wir es mit gemeinsamen Unternehmern zu tun haben. Es hat die Steingutfabrik Sörnewitz eine Glashütte aufgekauft und in neuester Zeit Tripsit ebenfalls. Die Hauptsache ist Organisation und Agitation. Ueberzeugt die Mitglieder, daß es ohne Opfer nicht abgeht, so werden wir auch bald zur Verschmelzung gelangen. Eine Debatte fand nicht statt, da dieses Thema in einer früheren Versammlung erörtert worden war. Genosse Bulke (Glasarbeiter) brachte nachstehende Resolution ein, welche einstimmig Annahme fand: „Die am Donnerstag, den 11. Februar 1909 im Volkshaus Leipzig versammelten Porzellan- und Glasarbeiter Leipzigs erblicken in den Begleiterscheinnungen, welche sich auf wirtschaftlichem Gebiete vollziehen, die immer weitere Verschärfung der Klassengegensätze innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung. Die auf seiten des Unternehmertums zu beobachtende Taktik, welche nichts anderes bedeutet als die Arbeiterorganisation zu vernichten, macht es der organisierten

Arbeiterschaft zur Pflicht, Mittel und Wege zu finden, um diesen Angriffen der Kapitalisten energisch entgegen zu treten. Die Versammlung erachtet deshalb die Zentralisation der gewerkschaftlichen Arbeiterverbände zu einem allgemeinen gewerkschaftlichen Zentralverband für unbedingt notwendig. Unter besonderer Berücksichtigung der einzelnen Berufsinteressen, möglichst freihändlerischer Gestaltung der Grundlagen dieser Zentrale erkennen die Versammelten darin das wirksamste Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse. Die Versammelten sind sich wohl bewußt, daß die Erreichung dieses Ziels nur schrittweise vor sich gehen kann. Sie erachten deshalb die Verschmelzung der Arbeiterverbände in der keramischen Industrie als erste Stufe zu diesem Ziel für dringend notwendig und erwarten, daß von Seiten der drei Zentralverbände sofort Maßnahmen zur Lösung dieser Fragen getroffen werden."

r. Magdeburg. Die Versammlung vom 18. Februar war leider sehr schwach besucht, doch ist der Besuch in anderen Zahlstellenversammlungen auch nicht viel besser. Das bringen nun einmal die Verhältnisse mit sich. Ein jeder muß sich nach seinem Geldbeutel richten. Der Vorsitzende verlas zunächst ein Schreiben vom Bildungsausschuß des Gewerkschaftskartells und des Sozialdemokratischen Vereins, wodurch der Besuch eines Lichtbildervortrags empfohlen wird. Es wurde dann der Kassenabschluß vom 4. Quartal bekannt gegeben, derselbe stellte sich wie folgt: Einnahme: Bestand vom vorigen Quartal 82,78 Mk., Eintrittsgelder 1,25 Mk., Wochenbeiträge für Verband 786,85 Mk., Wochenbeiträge für die Zuschußkasse 402,45 Mk., für verkaufte Streikmarken 10,50 Mk., Zuwendungen aus dem 12 pSt.-Fonds 15,— Mk. Summa der Einnahme 1248,78 Mk., Summa der Ausgabe 1254,67 Mk., Mehrausgabe 5,89 Mk. — Ausgabe an Arbeitslosenunterstützung 183,31 Mk., Streikunterstützung 24,— Mk., Fahrgelder 52,95 Mk., Umzugsgelder 88,42 Mk., Krankenunterstützung 300,09 Mk., Entschädigung des Kassierers 48,04 Mk., 12 pSt. für die Zahlstelle 142,86 Mk., sonstige Ausgaben für die Kinder der Streikenden in Sörmnitz 15,— Mk., an die Hauptkasse abgesandt 400,— Mk. Summa der Ausgaben 1254,67 Mk. — 12 pSt.-Fonds: Einnahme 389,24 Mk. Ausgabe 145,36 Mk. Bestand am Schluß des Quartals 193,88 Mk. Summa der Ausgaben 145,36 Mk. Streikmarkenbestand 623 Bei Verschiedenem machte der Vorsitzende bekannt, daß drei fremde Kollegen anwesend sind. Da dieselben ausgesteuert sind, wurde eine Sammlung veranstaltet. Für das kranke Mitglied Fuchs in Schramberg, das seit Mai 1908 an Rheumatismus erkrankt ist, werden 10 Mark aus dem 12 pSt.-Fonds bewilligt. — Kollegen! Es ist nicht zu verwundern, daß die Versammlungen so schlecht besucht werden. Man kann sich nicht erinnern, daß schon jemals eine so miserable Geschäftskonjunktur zu verzeichnen war, wie jetzt. Ein jeder hat bei den heutigen Wochenverdiensten zu tun, sich und die Seinen kümmerlich vor dem Hungertode zu bewahren. Gerade uns, die Porzellaner, steht mit wenigen Ausnahmen, die Not und Entbehrung an der Stirn geschrieben. Es wäre entschieden besser gewesen, wenn wir gar nicht das Licht der Welt erblickt hätten. Da es nun leider doch der Fall ist, wollen wir versuchen, uns das Leben auf dieser schönen Erde — welche ja leider für viele Tausende ein Jammerthal ist — nach Möglichkeit zu verbessern. Die heut regierenden Körperschaften, denen so oft das Glend der Arbeiterklasse vor Augen geführt wird, läßt es sehr kalt, ob ein Arbeiter hinter dem Zaun verreckt, oder ob er bei dem Kampf ums Dasein auf der Straße ermattet zusammen bricht. — Trogalledem Kollegen, treu zur Fahne, um gegebenenfalls gerüstet zu sein, um uns nicht den Bissen, den wir schon im Munde haben, entziehen lassen.

h. Meuselwitz. In der Zahlstellenversammlung vom 12. Februar hielt Genosse Zietz ein treffliches, mit Beifall aufgenommenes Referat über die Verschmelzung der keramischen Verbände. Er führte aus, es gäbe so manche Berührungspunkte der drei Verbände, obwohl die Berufe in betriebstechnischer Hinsicht grundverschieden sind. Als Vorstelle einer Verschmelzung bezeichnete er eine Ersparnis der Agitationskosten, indem in Gegenden oder Orten, wo mehrere keramische Berufe vorhanden sind, nicht wie bisher jeder Verband einen Referenten brauchte, sondern ein einziger Referent gleichzeitig für alle Berufe wirken könnte. Ebenso wäre es mit der Anstellung von Gauleitern. Auch wäre nur ein Verbandsorgan notwendig, das dadurch erweitert und besser ausgestattet werden könnte. Ebenso wäre ein größerer Verband schlagfertiger als drei kleine. Aussperrungen könnten fast immer nur eine Branche zur selben Zeit treffen, da die Konjunktur der einzelnen Berufe eine verschiedene ist. Ein Hemmnis für die Verschmelzung bilden aber die abweichenden Unterstützungsbedingungen in den drei Verbänden. Doch da müßte und könnte auch mit einigem guten Willen Wandel geschaffen werden. Unser Verband gewähre die höchsten Unterstützungsätze, die denn auch das größte Hindernis für eine Verschmelzung bedeuten. In unserem Verbands müsse sich das Bestreben verstärken, mehr und mehr den Charakter einer Kampforganisation hervor treten zu lassen. — In der Debatte beteiligten sich einige Genossen, die zwar einzelne Bedenken hegten, doch im Prinzip nicht gegen die Verschmelzung sind. In seinem Schlusswort versuchte Genosse Zietz diese Bedenken zu zerstreuen und betonte nochmals, daß es besser sei, wenn unser Verband sein Hauptaugenmerk auf die Streikunterstützung richten und mit so mancher alten überlieferten Kirch-Dunderschen Gewohnheit bei unseren Mitgliedern aufräumen könnte. Da die Verschmelzung noch nicht spruchreif und Einwendungen nicht gemacht wurden, stellte der Vorsitzende fest, daß die leider nur in der Anzahl von 70 versammelten Mitgliedern von dem Referat des Genossen Zietz vollkommen zufrieden gestellt wurden.

st. M.-Gladbach. Die am 18. Februar stattgefundene Zahlstellenversammlung war von 10 Mitgliedern besucht. Der Kartellbelegierte erstattete den Kartellbericht. Unter anderem beschäftigte sich die Versammlung auch mit dem Vorstandsbeschlusse, wonach krankenunterstützungsberechtigte Kollegen Beiträge zu leisten haben. Fast alle Mitglieder schlossen sich in ihrer Aussprache dem Proteste anderer Zahlstellen an.

h. Poebneck. In der am 15. Februar stattgefundenen Versammlung sprach der Kollege Emil Hoffmann über das Thema: „Die Krise, ihre Ursachen, Wirkungen und Lehren.“ Der Redner erledigte sich seiner Aufgabe in so vorzüglicher und packender Weise, daß es wert gewesen wäre, wenn die Versammlung besser besucht war. Leider haben aber die pöbnecker Porzellaner für alles andere mehr Interesse, als für die Verbesserung ihrer Lebenslage. Verhüten mag es nur das Schicksal, daß sie zu spät einsehen, in welcher Weise sie sich an ihrer

Familie, ihren Kollegen und der ganzen Arbeiterschaft vergangen haben, indem sie jeder Aufforderung zur Organisation und in die Versammlung zu kommen, abgestumpft aus dem Wege gehen. Nochmals sei ihnen zugerufen: Wacht auf Porzellaner, noch ist es Zeit, sich zu organisieren, um dann bei aufsteigender Konjunktur etwas zu eurer Verbesserung zu tun.

st. Pottschappel. Am 30. Januar hielt die hiesige Zahlstelle ihre diesjährige erste Versammlung ab. Zuerst wurden die Berichte der alten Vertrauensmänner entgegen genommen. Aus denselben war zu ersehen, daß die Mitgliederzahl unserer Zahlstelle zur Zeit 108 beträgt. Versammlungen wurden insgesamt 13, darunter eine außerordentliche abgehalten. In den Versammlungen wurden fünf Vorträge gehalten. Der Durchschnittsbefuch der Versammlungen stellt sich auf 45 pSt. der Mitgliederzahl. Wenn man die Berichte anderer Zahlstellen verfolgt, so ist der Durchschnittsbefuch der pottschappeler Kollegen wohl nicht gerade der schlechteste zu nennen. Immerhin wäre es aber sehr wünschenswert, daß die fehlenden Kollegen auch einmal erscheinen würden. Ferner wurde bekannt gegeben, daß wir im Laufe des verfloffenen Jahres zwei Kollegen durch den Tod verloren haben. — Unter Gewerkschaftliches wurde zunächst ein Schreiben des Kartells verlesen. Nachdem darüber diskutiert war, wurde der Antrag gestellt, den schon einmal gefaßten Beschluß in dieser Angelegenheit aufrecht zu erhalten, welcher einstimmig gefaßt wurde. Hierauf entspann sich eine längere Debatte über den Paragraph 6 des Statuts. In Anbetracht der finanziellen Lage unserer Kasse haben die Kollegen nichts gegen diese neue Bestimmung ein zu wenden. Nur wurde ein Tadel dahin ausgesprochen, daß der wichtige Antrag 50 nicht eingehender, und erst am Schluß der Generalversammlung verhandelt wurde. Darnach wurde einstimmig beschlossen, daß die Statistiken bis zum nächsten Zahlabend unbedingt abgegeben sein müssen und daß dieselben auch im neuen Jahre beibehalten werden sollen. Hierauf findet ein Schreiben der Zahlstelle Meissen Erledigung, in welchem es sich um Unterstützung eines erkrankten Kollegen handelt. Am 19. März dieses Jahres soll in Angermanns Gasthof in Döhlen ein Familien-Abend stattfinden, und wurde zur weiteren Beratung dieser Sache eine Kommission gewählt. Am Schluß der Versammlung wurde auf die neu geschaffene Institution aufmerksam gemacht, und die Mitglieder wurden ersucht, von der Zentralbibliothek regen Gebrauch zu machen. Ebenso wurde an das Ehrgefühl eines jeden Kollegen appelliert, um den öffentlichen Veranstaltungen in Zukunft mehr Beachtung zu schenken.

m. Rheinsberg. Die am 6. Februar abgehaltene Zahlstellenversammlung war von sämtlichen Mitgliedern besucht. Zum Punkt Anträge und Beschwerden wurde der Antrag gestellt und auch angenommen, daß der „Vorwärts“ sowie die „Ameise“ im Vereinslokal aushängen sollen. Weiter wurde ein Antrag gestellt, daß eine Kommission vorstellt wird zur Regelung des Stundenlohnes, welcher sehr verschieden gezahlt wird. Es soll der Stundenlohn nach dem Durchschnittsverdienst des Akkordlohnes berechnet werden. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Weiter lag ein Schreiben der Agitationskommission vor, welche uns mitteilte, daß sie einmal nach hier kommen will, um mit den Kollegen besser Fühlung nehmen zu können. Es wurde deshalb beschlossen, daß die Kommission zur nächsten Versammlung kommen soll. Nun entspann sich eine längere Debatte wegen den Frauen, daß auch sie dem Verbandsbezug geführt werden sollen. Ebenso sollen wir versuchen, diejenigen Kollegen, die noch nicht organisiert sind, auch in unsere Reihen zu bringen.

Stadtilm. Da sich der größte Teil der Zahlstellen, man könnte sagen, wohl fast alle Zahlstellen mit dem § 6 eingehend beschäftigt und auch die meisten gegen diesen Beschluß protestiert haben, so beantragen wir, über diesen Punkt Schluß der Diskussion. Wir verlangen aber ausdrücklich vom Hauptvorstand, da er bis jetzt noch kein einziges Mal zu diesem Punkt das Wort nahm, eine definitive Erklärung abzugeben. Denn wir machen in allererster Linie den Hauptvorstand dafür allein verantwortlich. Da er den Antrag 15 zur Generalversammlung gestellt hat und die meisten Delegierten den Antrag 15 in seiner Tragweite nicht frühzeitig erkannten, und infolge dessen unbewußt dem Antrage debattelos zustimmten. (Siehe Erklärungen Meinhardt und Sufka-Kahla und Fehst in Nummer 8 der Ameise.) Selbst unser Delegierter Frischmuth konnte uns leider über diesen Punkt nicht genügend aufklären. Leider kann man ihn auch nicht mehr verantwortlich dafür machen, da es das Schicksal gewollt hat, daß er Obermaler geworden ist und nun dem Verbands den Rücken gekehrt hat. Wenn z. B. auch die Delegierten Genossen Sacher-Wunzlau und Köhmel-Tiefenfurt erklärten, sie waren über den Antrag 15 sich voll und ganz im klaren, — siehe Nr. 8 der Ameise „Tiefenfurt Bezirksversammlung“ — so steht das aber in träftem Widerspruch, daß auch verschiedene andere schlesische Zahlstellen gegen diesen Beschluß protestiert haben. Im übrigen mag es nun sein wie es will, der größte Teil der Zahlstellen ist gegen diesen Beschluß; denn der Hauptvorstand hat durch diesen Antrag keine soziale Einrichtung geschaffen. Im Gegenteil wird dieser Beschluß uns die Agitation erschweren, wenn der Beschluß nicht umgeändert wird, im Interesse des Verbandes und zum Wohle unserer Mitglieder.

Die Zahlstellenverwaltung Stadtilm.

Anmerkung der Redaktion: So verständlich der Wunsch der Kollegen in Stadtilm auch ist, über eine anscheinend genügend erörterte Sache nicht mehr sprechen zu hören, so können wir dem Antrage auf Schluß der Diskussion nicht statt geben. Schon aus dem Grunde nicht, weil wir keiner Zahlstelle die Diskussion über diese Angelegenheit in ihren Versammlungen verwehren können noch unterbinden möchten. Ebenso ist es das gute Recht jeder Zahlstelle, über ihre Versammlungen einen Bericht an die „Ameise“ zu senden. Etwas anderes würde es sein, wenn direkt — nicht in Form von Versammlungsberichten — in der Ameise über diese Frage diskutiert werden würde. Aber auch dann könnte die Zahlstelle Stadtilm nicht gut den Schluß der Diskussion beantragen, wenn sie selbst in diesem Schlußantrage noch mit diskutiert.

b. Uegelsack. In der am 4. Februar abgehaltenen Zahlstellenversammlung, welche leider nur schlecht besucht war, wurde der Kartellbericht und Kassenbericht entgegen genommen. Die Revisoren berichteten, daß Kasse und Bücher in bester Ordnung befunden wurden. Das am 23. Januar abgehaltene Winterfest ist zur allgemeinen Zufriedenheit verlaufen und wurde ein kleiner Ueberschuß von 11,86 Mk. erzielt. Es

wurde sodann über den Paragraph 8 des Statuts und über den Vorstandsbeschluss vom 28. 9. und 28. 10. diskutiert. Die Versammlung erklärt sich gegen den Vorstandsbeschluss und schließt sich den protestierenden Zahlstellen an. Dem kranken ausgetretenen Mitglied Sempel in Meissen wurden 5 Mark bewilligt.

Sterbetafel.

Nürnberg. Philipp Gluck, Porzellanmaler, geboren am 10. Februar 1869 zu Hof, gestorben am 17. Februar 1909 durch Selbstmord.

Ehre seinem Andenken!

Adressen-Änderungen

Vortendorf b. Coburg. Schf. Eduard Wagner wohnt nicht Große Johannesgasse 8, sondern 7.

Elgersburg. Rff. Magnus Tigges, Gß., Bahnhofstr. 51. — Schf. Hermann Seegelaub, M., Arnstädterstr. 172.

Nürnberg. Vf. Karl Köber, Dr., Meisterleinsplatz 24, 2 Tr.

Schauberg. Rff. Karl Butters, Dr., Haus Nr. 1. — Rv. Wilhelm Sufsa, M., Rottenbach.

Celtow. Vf. Gustav Niemer, Potsdamerstr. 42. — Schf. Paul Fischer, Hamburger Platz 1, beide Dr.

Weiden. Vf. August Pechel, Dr., Stadtmühlweg Nr. 8, 2 Tr.

Versammlungs-Anzeigen

Althaldensleben. Sonntag, 14. März, nachmittags 3 Uhr, im Dianabad, Neuhaldensleben.

Arzberg. Sonntag, 7. März, bei Witwe Hollerung.

Berlin. Montag, 8. Februar, 7 Uhr, Figuren- und Terrakottabranche bei Wollschläger, Adalbertstr. 21. — Plakatmaler Brunnenstr. 3.

Cassel. Sonnabend, 6. März, im Gewerkschaftshaus.

Charlottenburg. Sonnabend, 13. März, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3.

Cöln. Donnerstag, 11. März, bei G. Neunzig, Schafenstraße 45, 9 Uhr Vortrag des Genossen Schack: „Kunst und Volk.“

Vortendorf. Sonnabend, 13. März, 7 Uhr, bei G. Stücklein, Bahnweg.

Döbeln. Sonnabend, 6. März, 8 Uhr, bei Schmidt, Neugasse. Vortrag des Genossen Jungnickel-Dresden.

Eilenberg. Sonnabend, 13. März, im Gambirinus.

Elsterwerda. Sonnabend, 6. März, im Vereinslokal, bei Heinrich Lofe, Viehla.

Freienort. Sonnabend, 13. März, 8 Uhr, im Saatal, Maschhausen.

Friedrichshagen. Sonnabend, 6. März, abends 8 Uhr, bei Singuhr, Seestr. 36. Weißker- und Erschmann-Neuwahl zum Hauptvorstand.

Gellenkirchen. Sonnabend, 6. März, 8 Uhr, im Gasthaus Rosung, Schalkerstr. 3. Einzelmitglieder werden ersucht zu erscheinen. Quittungsbücher mitbringen.

Germersheim. Sonnabend, 6. März, im Gasthaus zum Mohren.

Heidersbach. Sonntag, 14. März, nachmittags 3 Uhr. — Sonntag, 7. März: Verwaltungssitzung, vormittags 10 Uhr bei Pfaff.

Hermisdorf. Sonnabend, 6. März, 8 1/2 Uhr in der Zentralthalle.

Höhr. Montag, 8. März, 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal.

Kahla. Sonnabend, 6. März, 8 Uhr, im Thüringer Hof, Löbshüh. Vortrag des Reichstagsabgeordneten D. Stücklein.

Kronach. Sonnabend, 13. März, 6 Uhr, im Bamberger Tor.

Krummenaab. Sonntag, 6. März, nachmittags 2 1/2 Uhr.

Langwieschen. Sonntag, 14. März, nachmittags 3 Uhr, im Felsenkeller.

Magdeburg. Sonnabend, 13. März, 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Fabrikstr. 5/6.

Magdeburg-Buckau. Montag, 8. März, 6 Uhr, bei Julius Westphal, Dorstchenstr. 14. Bibliotheksbücher mitbringen; Beitragsgeste beilegen!

Meißen. Sonnabend, 6. März, 8 Uhr, im Lämmerhaus.

München. Sonnabend, 6. März, im Restaurant zur Klinik, Bettendorferstr. 10b.

M.-Gladbach. Sonnabend, 6. März, 8 1/2 Uhr, bei Bräuer, Alter Markt.

Neumünster. Sonnabend, 6. März, 8 Uhr, im Arbeiterkafino, Mühlhof 24.

Neustadt b. Coburg. Sonnabend, 6. März, 7 Uhr, bei Wih. Böhm, Friedrichshöh.

Osternode a. H. Sonntag den 14. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Schützenhaus.

Probstzella. Sonntag, 7. März, nachmittags 3 Uhr, bei Emil Heinz.

Rehau. Sonnabend, 6. März, 8 Uhr, bei Anton Rothemund. Bibliotheksbücher mitbringen.

Reichenbach. Sonnabend, 6. März, 8 Uhr, im Restaurant zum Rosenthal.

Rheinsberg. Sonnabend, 6. März, 8 1/2 Uhr, in Böckers Lokal.

Roßlau. Sonnabend, 6. März, 8 Uhr, in der goldenen Krone.

Schwarzenbach. Sonnabend, 6. März, 8 Uhr, bei Erhardt Köppel.

Selb-Plößberg. Sonnabend, 6. März, 8 Uhr, bei Herrn M. Kieß.

Stadtlengsfeld. Sonnabend, 6. März, 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Schützenburg.

Suhl. Sonntag, 7. März, nachm. 8 Uhr, bei Hilsenberg in Abrecht's.

Tiefenfurt. Sonnabend, 6. März, 8 Uhr, in der Brauerei.

Vegeßack. Sonntag, 7. März, nachmittags 3 Uhr, bei Oberbeck.

Weißwaller. Sonnabend, 6. März, 8 1/2 Uhr, im Kaffee Zentral.

Anzeigen

Eiberfeld. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß ich Unterstützung nur in meiner Wohnung, Schleswigerstr. 23, mittags von 12-1 Uhr und abends von 7-9 Uhr auszahle.

Andreas Günter, Kassierer.

Magdeburg. Diejenigen Kollegen, welche den Aufenthalt des Mitgliedes 10884 Max Neugebauer, Dreher, wissen, werden gebeten, dessen Adresse an die hiesige Verwaltung gelangen zu lassen.

Arbeitsgesuche u. Arbeitsangebote kostenlos

Arbeitsmarkt

Offerten-Beförderung nur bei Porto-Einzufügung

Glasmaler, welcher flott und sauber in Emaille und Kettefdecor für Becher und Service arbeitet, sowie auch Erfahrung im Aluminiumdruck besitzt, findet dauernde und angenehme Stellung in einer Glasmalerei Sachsens. Gefl. Off. unter J. G. an die Exped. d. Bl. erbeten.

Schildermaler, sofort gegen hohen Lohn gesucht. Wih. Berger, Duisburg-Ruhrort.

Maler der Metallwarenbranche, welcher bereits einer Malerei vorgestanden hat, sucht Stellung zum sofortigen Antritt. Offerten unter J. G. an die „Ameise“ erbeten.

Glazierer für Porzellan und Steingut, vertraut mit sämtlichen vorkommenden Arbeiten im Koh- und Glattbrennhaus, wünscht sich zu verändern. Gefl. Offerten erbeten unter N. S. an die Redaktion der „Ameise“.

Maler, welcher in Imitation Wiener Bronzen gelernt und gearbeitet hat, sucht sofort Stellung. Offerten unter J. B. an die Expedition dieses Blattes.

Maler, welcher in allen vorkommenden Arbeiten firm ist, sucht sofort Stellung. Offerten unter N. S. an die „Ameise“ erbeten.

Schriftenmaler sucht Stellung. Bewandert in Farb- und Emailleschrift. Offerten unter J. B. 125 an die Expedition erbeten.

Maler, speziell für Colorit, Zeichnen, Rand, Staffage, auch Schrift, sucht baldigst Stellung, wenn möglich, in einer Militärmalerei. Derselbe ist auch im Plattengravierern bewandert. Gefl. Off. unter M. B. an die Expedition der „Ameise“ erbeten.

Schriftmaler, auf Emailleschilder, in Emaille-Farbschrift eingearbeitet, wünscht sich zu verändern. Gefl. Offerten unter D. G. 100 an die Expedition der „Ameise“ erbeten.

Preis der 2 gespaltenen Blattzeile 30 Pfennig

Geschäfts-Anzeigen

Vorausbezahlung ist Bedingung

Goldschmied, Goldflaschen und alle in der Bergolderei vorkommenden Abfälle kauft zu hohen Preisen bei pünktlicher reeller Bedienung. Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.

Goldschmied, goldhaltige Lappen, Pinsel, Näpfe, Flaschen, Goldalche, sowie Platin und alle platinhaltigen Sachen kauft zu höchsten Preisen, schnelle und reelle Bedienung

Otto Seifert, Zwickau, Sachsen, Osterweihstr. 32.

Goldschmied, verdicktes Glanzgold und sonstige goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekte.

Emil Böhme, Eilenberg, S.-H. Heltestes Geschäft dieser Art.

Bitte genau auf meine Firma zu achten!

Goldschmied, sowie goldhaltige Lappen,

Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe usw. werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mt. 60 Pfg. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt. H. Haupt, Dresden-H., Gneisenaustr. 6.

Alle für die Redaktion und Expedition der „Ameise“ bestimmten Sendungen und Zuschriften sind an folgende Adresse zu richten: Fritz Zietzsch, Charlottenburg I, Röntgenstr. 14.

Herausgeg. v. Verbands d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Red. u. Verlag: Fritz Zietzsch, Charlottenburg, Röntgenstraße 14. Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Guertelstr. 21.